



Protokoll 2023

der außerordentlichen Diözesankonferenz
21. Januar 2023
in Wegberg, Haus St. Georg

Inhalt

Top 1: Studienteil.....	3
Top 2: Konferenzöffnung.....	3
Top 3: Formalia.....	3
Top 4: Anträge.....	3
Top 5: Finanzen und Mitglieder.....	16
Top 6: Kassenprüfbericht und Entlastung der Diözesanleitung.....	16
Top 7: Bericht der Diözesanleitung.....	17
Top 8: Wahlen.....	17
Top 9: Werbung.....	18
Top 10: Sonstiges.....	19
Teilnehmer*innen der außerordentlichen Diözesankonferenz 2023:	21

Samstag, 21. Januar

Top 1: Studienteil

Moritz Pelzer, Bildungsreferent führt durch den Studienteil Friedenspolitik. Die Präsentation zum Studienteil kann in der Diözesanstelle angefragt werden.

Top 2: Konferenzöffnung

Jana Kosky, DL eröffnet die außerordentliche Diözesankonferenz um 14:00 Uhr.

Florian Janßen, St. Elisabeth Düren gibt einen Impuls zu Beginn der Konferenz.

Jana Kosky, DL begrüßt die anwesenden Delegierten aus den einzelnen Pfarren sowie die Gäst*innen und übergibt an die Moderation Lukas Zybarth und Regina Dietze.

Top 3: Formalia

Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Regina Dietze, Moderation stellt fest, dass fristgerecht eingeladen wurde und die Konferenz mit 8 männlichen, 6 weiblichen und 0 diversen Stimmen beschlussfähig ist.

Abstimmung über die Tagesordnung:

Regina Dietze, Moderation erklärt, dass keine Initiativanträge eingereicht wurden und es keine Ergänzungen zur verschickten Tagesordnung gibt. Es folgt die Abstimmung über die Tagesordnung in der vorliegenden Form.

→ Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Eröffnung der Wahllisten

Die Wahllisten werden durch die Moderation eröffnet.

Top 4: Anträge

Antrag 1: Friedenspolitischer Antrag der KjG Aachen – Unsere Forderungen für eine gerechte und friedliche Welt

Robin Natus, DL, führt in den Antrag ein. Der vorliegende Antrag sei der Hauptgrund für die außerordentliche Diözesankonferenz. Auf der KjG-Bundesebene und der Ebene des BDKJ existiere

eine stark pazifistische Sichtweise, diese Haltung solle auf der nächsten Hauptversammlung des BDKJ noch einmal diskutiert werden. Der DV Aachen möchte sich zu diesem schwierigen Thema eine Meinung bilden, um auf Grundlage eines demokratisch gefassten Beschlusses Forderungen für die Außenvertretung zu formulieren.

→ Grüne Stimmungskarten zur allgemeinen Einschätzung

Jonathan Heinen, EWAK fragt, aus welchem Kontext die Forderung nach einer 2/3-Mehrheit in Zeile 36 komme und ob das für dieses Positionspapier in der gewählten Formulierung angemessen sei.

Bettina Koß, Franziska von Aachen hält die 2/3-Mehrheit an der Stelle für sinnvoll. Sie hätte Sorge, dass einzelne Parteien Dinge ansonsten alleine entscheiden könnten. Sie ist noch unschlüssig, ob sie die Formulierung beibehalten möchte, und plädiert für einen erneuten Austausch von Argumenten zum Thema 2/3-Mehrheit Ja oder Nein.

Moritz Breuer, St. Helena Rheindahlen befürwortet die 2/3-Mehrheit. Wenn das Thema schon im Verband so einen großen Rahmen bekomme, dann solle das auch in der Politik so sein. Er rechne nicht damit, dass es zu dem Themenkomplex große parteiübergreifende Differenzen gebe.

Marvin Hinz, DAS erklärt die Genese der 2/3-Mehrheit im Antrag, ist aber offen für andere Formulierungen. Der Gedanke, eine einfache Mehrheit zu befürworten, gehe auch auf das Beispiel von Bettina zurück.

Jonathan Heinen, EWAK fragt noch einmal nach, warum Marvin sich für die einfache Mehrheit einsetzt. Er findet es grundsätzlich gut, ein größeres Hindernis für militärische Einsätze zu schaffen.

Robin Natus, DL führt aus, dass die DL für alle Änderungen offen sei, aber auch alle Änderungsanträge gerne abstimmen lassen möchte. Gerade werde die Bundeswehr hauptsächlich in humanitären Kontexten eingesetzt. Die DL fände es sehr schlecht, wenn solche Einsätze durch das Querstellen von einzelnen Parteien in Zukunft nicht mehr stattfinden könnten. Gerade in einer sehr diversen Politiklandschaft brauche es immer mehr Kompromisse, was auf der einen Seite gut sei, auf der anderen Seite aber dazu führe, dass Dinge vermehrt als Druckmittel eingesetzt werden. Es wäre fatal, sollte dies auch mit der humanitären Hilfe passieren.

Bettina Koß, Franziska von Aachen fragt, wie es momentan bei Abstimmungen in der Realpolitik laufe. Werden diese Entscheidungen eher knapp getroffen und könnten einfach blockiert werden? Und inwieweit ist die 2/3-Mehrheit ein symbolischer Faktor für die Wichtigkeit einer Thematik? Sie würde aufgrund des Statements eher zu der 2/3-Mehrheit tendieren.

Moritz Pelzer, Bildungsreferent antwortet, dass bisher 2/3-Mehrheiten nur im Bereich von Entscheidungen zum Grundgesetz und zur Verfassung vorgesehen seien sowie bei der Feststellung eines Verteidigungsfalles. Auch bei einem Misstrauensvotum zum Kanzler brauche es eine 2/3-Mehrheit. Er gibt ein Beispiel zu einer Abstimmung bezüglich Afghanistans aus dem März 2018, nachdem es eine deutliche 2/3-Mehrheit gab.

Moritz Breuer, St. Helena Rheindahlen versteht im Antragstext einen Unterschied zwischen humanitären Einsätzen und Kampfeinsätzen und würde das gerne differenzieren.

Jana Kosky, DL stellt einen Änderungsantrag in Zeile 31.

Luis Eßer möchte noch einmal auf den Kommentar von Bettina eingehen. Auch wenn momentan vielleicht eher Konsens bestehe, bedeute das ja nicht, dass es in Zukunft in der Parteilandschaft auch so aussehe.

Marvin Hinz, DAS sieht Schwierigkeiten bei der Trennung, intern kann er es nachvollziehen, sieht es aber für die Kommunikation nach außen eventuell problematisch.

Bettina Koß, Franziska von Aachen findet es eine sehr relevante Entscheidung, mit welcher Mehrheit für was gestimmt werde. Sie findet den Änderungsantrag gut.

Moritz Breuer, St. Helena Rheindahlen stellt fest, dass es keinen militärischen Einsatz gegeben habe, seit es die Bundesrepublik gibt. Auch in Zukunft, schätze er, dass das eher weiterhin so bleibe und nicht aktiv mit Kampfbeteiligung in andere Länder gezogen werde. Seines Erachtens könne die 2/3-Mehrheit also für beide Fälle stehen bleiben.

Joshua Hinz, DL begrüßt Elodie vom BDKJ und Jacqueline aus Hückelhoven.

→ Die Beschlussfähigkeit wird um eine weibliche Stimme ergänzt.

Moritz Pelzer, Bildungsreferent: Es wurden trotz keiner Kampfeinsätze auch deutsche Soldat*innen bei Hilfsaktionen in Kämpfe verwickelt. Dieses Risiko bestehe immer.

Moritz Breuer, St. Helena Rheindahlen fände es schön, wenn man nicht nur den militärischen Einsatz definiert, sondern auch den humanitären. Dass Menschen in Kämpfe verwickelt werden können, sei klar.

→ Es wird über den Änderungsantrag abgestimmt: Änderung zur 2/3-Mehrheit in Zeile 32 und 33 wird bei 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen. Die Änderung in Zeile 37 und 38 zur einfachen Mehrheit wird bei 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Moritz Breuer, St. Helena Rheindahlen fordert ein Stimmungsbild, ob in Zeile 49 bis 56 noch einmal der Faktor humanitäre Hilfe reformuliert werden solle oder nicht.

→ Ergebnis Stimmungsbild: Eher grün.

Jonathan Heinen, EWAK spricht sich dafür aus, im Antrag auch die positiven Dinge zu formulieren, die man fordern möchte, um nicht nur auf die negativen Dinge hinzuweisen.

Moritz Breuer, St. Helena Rheindahlen stellt einen Änderungsantrag, der die humanitären Prinzipien im Abschnitt von Zeile 49-58 ergänzt.

Bettina Koß, Franziska von Aachen weist darauf hin, dass jetzt explizit im Antrag stehe, dass humanitäre Hilfe von nicht-staatlichen Organisationen geleistet werde. Auch der Bezug zum nachhaltigen Frieden schaffen findet sich im Absatz wieder. Es sei ganz klar, dass humanitäre Hilfe in dieser Formulierung nicht durch das Militär abgedeckt sei.

Moritz Breuer, St. Helena Rheindahlen findet, dass die Situation der Bundeswehr in einem humanitären Einsatz in einem anderen Land seiner Meinung nach aber abgebildet werden solle.

Bettina Koß, Franziska von Aachen ändert den Änderungsantrag, um auch die staatlichen Kräfte einzubeziehen.

Florian Janßen, St. Elisabeth Düren findet es widersinnig, diese Perspektive jetzt einzubringen, da der Fokus ja auf den NGOs liege.

Moritz Pelzer, Bildungsreferent merkt an, dass in der Formulierung nun enthalten sei, dass die Bundesregierung nun mit einfacher Mehrheit humanitäre Einsätze von NGOs beschließen solle.

Jonathan Heinen, EWAK fragt, ob die Formulierung „humanitäre Einsätze“ an dieser Stelle falsch sei.

Bettina Koß, Franziska von Aachen fragt sich, ob es eher eine grundsätzliche Diskussion sei, die geführt werden müsse, anstatt Textarbeit.

Robin Natus, DL sieht das Problem gerade im Wort humanitär. Die DL verstehe darunter z.B., dass die Bundeswehr Sicherheitskräfte vor Ort ausbilde oder Krankenhäuser baue. Der Absatz im ÄA stehe nun im Widerspruch zu dem, was eigentlich gewollt sei mit dem Eintrag.

Moritz Breuer, St. Helena Rheindahlen schlägt vor, das Wort „Friedensmission“ einzubringen.

Florian Janßen, St. Elisabeth Düren sagt, dass seiner Meinung nach nun die zwei wichtigsten Fälle definiert seien. Er plädiert dafür, sich auf diese zwei essenziellen Punkte zu beschränken.

- Der Änderungsantrag in Zeile 49/50: „Unter Friedensmissionen und Missionen ohne Kampfauftrag verstehen wir in der KJG beispielsweise die Absicherung von Einsätzen von NGOs“ wird bei 2 Enthaltungen angenommen.

Jonathan Heinen, EWAK findet es nicht gut, dass in Zeile 63-64 impliziert ist, dass Waffenlieferungen dennoch unter Umständen möglich sein sollen.

Sarah Spengler, St. Helena Rheindahlen hat auch das Gefühl, dass dieser Absatz sehr schwammig sei und plädiert für eine Verdeutlichung.

Florian Janßen, St. Elisabeth Düren findet den Absatz sehr deutlich. Er erklärt nochmal: Es stehe fest, dass Gewalt das letzte Mittel sei und dass, wenn die Diplomatie ende, Gewalt ein mögliches Mittel sein könne. Es gibt zwei Konstellationen: Den Bündnisfall, bei dem Deutschland bei Eintreten Maßnahmen ergreifen könne. Wenn dies nicht der Fall sei, dann solle es nur Waffenexporte geben, wenn klar sei, wer der Aggressor ist.

Jana Kosky, DL unterstützt Florians Beitrag. Der DAS habe versucht, möglichst alle Eventualitäten abzudecken. In der Vorlage wurden Waffenexporte kategorisch ausgeschlossen, das habe der DAS in Bezug auf die Ukraine versucht abzumildern.

Marvin Hinz, DAS sagt, dass Waffen den Krieg nicht lösen, sei natürlich klar. Gemeint sei, dass der Konflikt beendet werde und damit größeres Leid verhindert werden könne. Das konkrete Beispiel der Ukraine wäre in diesem Szenario: Wenn Deutschland jetzt Waffen liefern würde und der Krieg dadurch in 6 Monaten zu Ende sei, werde Leid erspart, das eventuell ansonsten noch Jahre andauern könne.

Robin Natus, DL betont, dass der Antrag nur als Aufschlag gesehen werden solle. Er sagt noch einmal, dass weitere Formulierungen sehr willkommen seien. Die aktuelle Beschlusslage laute, dass Waffenexporte grundsätzlich schlecht seien und verboten werden sollen.

Sarah Spengler, St. Helena Rheindahlen schlägt vor „im Fall eines Angriffskrieges“ mit in den Text aufzunehmen, auch wenn es vermutlich andere Fälle gebe, in denen Waffenexporte nötig sein könnten. Sie stellt einen entsprechenden Änderungsantrag. Außerdem möchte sie zum Passus „die nicht zu den Bündnisländern der NATO zählen“ fragen, ob einfach weiter Waffenlieferungen an die NATO-Partner*innen getätigt werden können.

Jonathan Heinen, EWAK ist der Meinung, es sei schwierig, in einem Bündnis keine Waffen zu liefern. Für die anderen Fälle würde er vorschlagen „im Verteidigungsfall“ als Ergänzung aufzunehmen.

Jana Kosky, DL ergänzt noch einmal, dass die NATO-Bündnis-Mitglieder nur Waffenlieferungen im Verteidigungsfall erhalten.

Sarah Spengler, St. Helena Rheindahlen möchte gerne im Text konkretisieren, was Jana gesagt hat.

Moritz Breuer, St. Helena Rheindahlen unterstützt Jonathan bei seinem Redebeitrag.

Marvin Hinz, DAS sagt, so wie er es verstehe, lasse das NATO-Bündnis sowieso nur im Verteidigungsfall zu, Waffen weiterzugeben. Darüber hinaus solle Deutschland keinem Land Waffen liefern, das gerade ein anderes Land angreift.

→ Marvin Hinz stellt einen GO-Antrag auf Schluss der Redeliste. Keine Gegenrede. Die verbleibenden Meldungen werden noch zugelassen.

Sarah Spengler, St. Helena Rheindahlen gibt noch einen redaktionellen Hinweis zum Änderungsantrag.

Florian Janßen, St. Elisabeth Düren möchte darauf hinweisen, dass das Wort „Export“ an dieser Stelle ungünstig gewählt sei. Es solle „Lieferung“ heißen.

→ Es kommt zur Abstimmung über den Änderungsantrag „im Fall eines Angriffskriegs“ in Zeile 68 zu ergänzen. Der Antrag wird bei 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen angenommen.

Sarah Spengler, St. Helena Rheindahlen stellt einen Antrag auf Ergänzung in Zeile 73/74.

Jonathan Heinen, EWAK möchte gerne nochmal den Abschnitt genau klären, worum es gerade geht.

Bettina Koß, Franziska von Aachen stellt einen Änderungsantrag in Zeile 61.

Marvin Hinz, St. Helena Rheindahlen findet den Satz als Zusatz gut, will den Rest aber nicht löschen. Der DAS meinte Waffenlieferungen und nicht Exporte. Er schlägt daher vor, im gesamten Text von Lieferungen zu sprechen, anstatt von Exporten. Es gehe um Waffen, die die Bundesregierung an Länder liefere, nicht um Waffen, die von Unternehmen mit Zustimmung der Bundesregierung an Länder verkauft würden.

Leon Spiertz, Turmjugend Dülken fragt, was wäre, wenn ein Staat angegriffen werde, den wir nicht unterstützen?

Bettina Koß, Franziska von Aachen präzisiert, dass grundsätzlich erst einmal alle Staaten mit der Formulierung abgedeckt seien, auch autoritäre Staaten.

Jonathan Heinen, EWAK findet den Text so nicht mehr ganz schlüssig. Er hat noch Schwierigkeiten mit der Präzisierung von Exporten vs. Lieferungen.

Marvin Hinz, DAS kommentiert, dass es vielleicht zwei Punkte geben müsse, einen zu Exporten und einen zu Lieferungen. Er findet auch die Situation zu den Exporten komplexer und würde nicht grundsätzlich alle Waffenexporte ausschließen.

Sarah Spengler, St. Helena Rheindahlen fragt, ob die Berechtigung, an welches Land Waffen verkauft würden, dann der Bundesregierung obliegen würde?

Marvin Hinz, DAS beantwortet dies mit einem Ja, das müsse dann so formuliert werden.

Moritz Pelzer, Bildungsreferent findet, man sollte explizit trennen: Im Fall von Syrien z.B. wurde die eine Partei (kurdische Truppen) direkt von der Bundesregierung beliefert, die andere Partei habe über Waffenexporte an die Türkei Waffen erhalten.

Jonathan Heinen, EWAK würde die NATO-Staaten noch um EU-Länder ergänzen.

Bettina Koß, Franziska von Aachen nimmt das in ihren Änderungsantrag auf.

Sarah Spengler, St. Helena Rheindahlen fragt, ob auch Waffen im Nicht-Kriegsfall an die EU geliefert werden sollen. Sie möchte gerne den Sinn verändern.

Bettina Koß, DAS nimmt das nicht auf.

→ Da ein allgemeiner Konsens besteht, dass der Text noch präzisiert werden müsse, stellt Jana einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Unterbrechung der Sitzung. Es gibt keine Gegenrede und es folgt eine halbstündige Pause. Die Antragsstellenden formulieren eine neue Fassung, welche Exporte und Lieferungen präziser aufführt.

Jonathan Heinen, EWAK plädiert dafür, als Grundsatz vor alle Ausnahmen zu schreiben, dass wir grundsätzlich gegen Waffenexporte und Waffenlieferungen sind.

Jana Kosky, DL erklärt, dass es im BDKJ Konsens war, dass es eine allgemeine Regelung geben müsse. Das wollte die DL als KjG vermeiden. Es solle immer nur dann passieren, wenn ganz klar sei, wer der Aggressor ist.

Moritz Breuer, St. Helena Rheindahlen weist darauf hin, dass der Zusatz der EU neben den NATO-Mitgliedern eine andere Ebene erreiche.

Marvin Hinz, DAS stimmt Moritz zu und spricht sich gegen den Zusatz der EU-Mitglieder aus, da es die Bedingungen erweiche.

Jonathan Heinen, EWAK hält es für unrealistisch, dass in der NATO keine Waffen geliefert werden, da es ein gemeinsames Militärbündnis sei. Er verstehe den Text nun so, dass es auch in der NATO nur im Verteidigungsfall gelte.

Robin Natus, DL sagt, dass die Antragsstellenden die Streichung der Zeilen 84-92 abstimmen lassen möchten. Der Abschnitt beziehe sich auf die Frage, ob die NATO in jedem Fall Waffen aus Deutschland erhalten solle oder auch nur im Verteidigungsfall.

Florian Janßen, St. Elisabeth Düren gibt zu bedenken, dass aktuell nur vier Länder existieren, die in der EU aber nicht in der NATO sind. Zwei davon haben Aussicht auf eine baldige EU-Mitgliedschaft. Er plädiert außerdem für die Streichung des vorher genannten Absatzes.

Marvin Hinz, DAS ist auch dafür, dass die Waffen innerhalb des NATO-Bündnisses frei zirkulieren können. Dies sei an Absprachen und an die Regelung der NATO geknüpft. Wenn man das auf EU-Mitglieder ausweite, müsse sich dieses Mitglied nicht an die Regeln der NATO halten. Es sei also inhaltlich ein deutlicher Unterschied.

Moritz Breuer, St. Helena Rheindahlen ist anderer Meinung. Er findet, wenn man innerhalb der NATO Waffenlieferungen erlaube, dann gehe das auch in der EU. Die Verpflichtungen im Bündnis der EU seien viel strikter als in der NATO. Für ihn werfe es eher ein komisches Licht, wenn man an die NATO liefere, aber nicht an die EU.

Jonathan Heinen, EWAK ergänzt, dass in der EU ja auch gemeinsame Werte im Vordergrund stehen. Außerdem gebe es ja auch noch einen europäischen Rüstungskonzern.

→ Es kommt zur Abstimmung über den Änderungsantrag zur Streichung des Absatzes zur NATO: 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen. Damit ist der Absatz gestrichen.

Bettina Koß, Franziska von Aachen stellt den Änderungsantrag, „moralisch“ in „ethisch“ zu ändern. Sie findet den Begriff insofern sinnvoller, als dass er präziser sei und es z.B. einen Ethikrat gebe.

→ Die Antragsstellenden nehmen den Änderungsantrag auf.

Marvin Hinz, DAS findet, ethisch passe hier auch nicht, da es auch nicht ethisch sei, dass Waffen überhaupt existieren. Er stellt den Änderungsantrag auf Streichung des Wortes.

→ Die Antragsstellenden nehmen den Änderungsantrag auf.

Bettina Koß, Franziska von Aachen findet das nicht unbedingt gut, da es sicher auch andere schlechte Gründe neben den wirtschaftlichen gebe. Sie überlegt an einer weiteren Formulierung.

Luis Eßer, St. Johann Burtscheid findet es ausreichend, die nicht-wirtschaftlichen Gründe anzuführen. Außerdem bestärkt er noch einmal die Wichtigkeit des NATO-Bündnisses und dass er die Kritik daran nicht unbedingt verstehen könne.

Moritz Breuer, St. Helena Rheindahlen stellt einen Änderungsantrag auf Änderung und Ergänzung in Zeile 107: „Wir fordern die Reformierung...“

→ Die Antragsstellenden nehmen den Änderungsantrag auf.

Luis Eßer, St. Johann Burtscheid würde das mit dem europäischen Sitz nicht reinschreiben, wenn wir das nicht für sinnvoll erachten.

Jonathan Heinen, EWAK: fragt, warum wir nicht einfach dafür sein wollen, den Sicherheitsrat abzuschaffen?

Marvin Hinz, DAS sagt, es gehe darum, einen Sitz im Sicherheitsrat zu schaffen, der die europäischen Gesamtinteressen vertrete.

- In Reaktion auf die Bemerkungen und den Austausch der Argumente streichen die Antragsstellenden eigenhändig den gesamten Absatz zum UN-Sicherheitsrat.

Bettina Koß, Franziska von Aachen bemerkt zum dritten Unterpunkt der Reformen: Sie würde eher eine Formulierung wählen, die Sanktionen einschlieÙe und nicht den direkten Ausschluss fordere.

Moritz Breuer, St. Helena Rheindahlen stellt den Änderungsantrag auf Einfügen von „völkerrechtswidrigen Angriff“ an dieser Stelle

- Die Antragsstellenden nehmen den Änderungsantrag auf.

Jana Kosky, DL ergänzt, dass es in diesem Punkt um Mitgliedsstaaten gehe, die ständiges Mitglied seien. (Diese Änderung wird in den Text übernommen.)

Luis Eßer, St. Johann Burtscheid stellt den Änderungsantrag auf Streichung der Entlassung aus dem Sicherheitsrat und die Ergänzung „temporär auszuschließen“.

- Die Antragsstellenden nehmen den Änderungsantrag auf.

Jonathan Heinen, EWAK plädiert dafür, den ersten Absatz im Unterpunkt zum Thema Abrüstung komplett zu streichen.

Luis Eßer, St. Johann Burtscheid gibt zu bedenken, dass es z.B. im Hinblick auf die Situation von Pakistan töricht sei, keine Atomwaffen zu haben, da Indien Pakistan ohne deren Atomwaffen vermutlich schon längst angegriffen hätte. Er wolle sich nicht für Atomwaffen aussprechen, weist aber darauf hin, dass es in manchen Fällen zur Abschreckung sinnvoll sein könne.

Elodie Scholten, BDKJ gibt der Konferenz den Hinweis, dass durch den Absatz zur Abrüstung im Antrag nochmal ein sehr großes Feld aufgemacht werde, das eventuell den Rahmen sprengt.

- Es folgt ein Stimmungsbild, ob der Absatz zur Abrüstung im Papier bleiben soll oder nicht. Das Stimmungsbild ist sehr gemischt, daher werden weiter Argumente ausgetauscht.

Sarah Spengler, St. Helena Rheindahlen hält es nicht für sinnvoll, den Absatz zu streichen, da ihr das Thema Abrüstung sehr wichtig sei. Sie verstehe zwar das Argument von Luis, finde es aber langfristig die richtige Perspektive und hält es für wichtig zu betonen, dass die KJG für Abrüstung sei.

Florian Janßen, St. Elisabeth Düren schließt sich dem an. Das Thema solle ja auch im Anschluss in einen längeren Prozess gehen, zu Abrüstung könne dann nochmal intensiver gearbeitet werden.

Marvin Hinz, DAS stimmt Jonathans Vorschlag zu, nur den Teil zu streichen, in dem es darum gehe, dass erst mal andere abrüsten sollen, bevor wir es tun.

Bettina Koß, Franziska von Aachen versteht die Anmerkung von Elodie, möchte aber der DL eine breit aufgestellte Grundlage an die Hand geben, um auf weitere Dinge reagieren zu können, die im aktuellen Geschehen auftreten können.

Jonathan Heinen, EWAK findet den Absatz grundsätzlich zu lang, möchte das Thema Abrüstung aber auf jeden Fall im Papier haben. Diese Utopie solle die KJG auf jeden Fall beibehalten.

- Nach dem Austausch der Argumente gibt es keine Änderungen zu dem Absatz.

Sarah Spengler, St. Helena Rheindahlen stellt den Änderungsantrag, im Unterpunkt zum Thema „Begegnung fördern“ den Begriff „Frauen*“ in „FLINTA“ zu ändern.

Jana Kosky, DL merkt an, dass dies im DAS ausführlich diskutiert wurde und die Entscheidung für den Begriff „Frauen*“ fiel, sie würde den Änderungsantrag daher gerne abstimmen lassen.

Bettina Koß, Franziska von Aachen spricht sich auch für Frauen* aus, da es ihrem Verständnis ja nicht um sexuelle Orientierung gehe, dies aber bei FLINTA mit einbezogen sei.

Joshua Hinz, DL: ergänzt, die Idee hinter Frauen* sei gewesen, dass es einfacher verständlich sei als FLINTA.

Marvin Hinz, DAS stellt einen Antrag an die Geschäftsordnung auf Schließung der Redeliste. Es gibt keine Gegenrede. Die verbleibenden Meldungen werden noch zugelassen.

Sarah Spengler, St. Helena Rheindahlen betont, es gehe ihr darum, dass auch z.B. Trans-Männer miteinbezogen werden und alle anderen Menschen, die aus Debatten ausgeschlossen werden und nicht cis-Männer seien. Es gehe ja auch um Sichtbarkeit und Akzeptanz und man könne den Begriff ja auch direkt erklären.

Moritz Breuer, St. Helena Rheindahlen weist darauf hin, dass es sicherlich einen Beschluss in der KjG gebe, welche Formulierungen in solchen Fällen gewählt werden und plädiert dafür, sich daran zu orientieren.

→ Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag: Bei 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ist der Änderungsantrag auf FLINTA abgelehnt.

Bettina Koß, Franziska von Aachen stellt den Änderungsantrag, im Abschnitt zum Unterpunkt Friedenspädagogik in Zeile 209 hinter Konflikten „aus verschiedenen Perspektiven“ zu ergänzen.

→ Die Antragsstellenden nehmen den Änderungsantrag auf. Es folgt die Abstimmung über den nun vorliegenden Gesamtantrag.

Antragsgegenstand:

FRIEDENSPOLITISCHE POSITIONIERUNG DER KJG AACHEN

Die Katholische junge Gemeinde (KjG) im Diözesanverband Aachen macht sich für eine effektive und nachhaltige Friedenspolitik stark! In dem Beschluss der außerordentlichen KjG-Diözesankonferenz im Januar 2023 fordern wir:

FRIEDEN IST MEHR WERT!

Die Bundesregierung soll entstehende Freiräume in der Finanzplanung insbesondere dafür nutzen, neben den Verteidigungsausgaben auch die Mittel für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit angemessen zu erhöhen. Hierbei ist ein Verhältnis von eins zu eins beim Verteidigungsbudget zu Ausgaben im Rahmen der ODA-Quote, welche 0,7% des Bruttoinlandseinkommens insbesondere für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, Auswärtige

Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit veranschlagt, aber nicht erreicht.

Für die zukünftigen Finanzplanungen für ein Jahr fordern wir darüber hinaus, dass die Ausgaben, für die nicht militärischen Bereiche zur Friedensförderung stets höher veranschlagt werden als der Verteidigungsetat. Dies geschieht unabhängig von der Höhe des Verteidigungsetats.

Insbesondere muss die Bundesregierung den zugesagten Verpflichtungen zur Unterstützung der Vereinten Nationen und ihrer Hilfsorganisationen nachkommen und so vor allem junge Generationen in Krisenregionen ein menschenwürdiges Leben, Teilhabe und Entwicklung ermöglichen.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNGSZIELE KONSEQUENT UMSETZEN!

Die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) sind ein Garant für Frieden, wenn sie konsequent umgesetzt werden. Daher fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die SDGs unter Einbezug aller Ministerien und der Zivilgesellschaft zum Leitfaden allen politischen Handelns zu machen.

MILITÄRISCHE EINSÄTZE DÜRFEN NUR ÄUßERSTES MITTEL SEIN!

Zur Zusage militärischer Einsätze deutscher Streitkräfte außerhalb der NATO-Bündnisgebiete soll eine 2/3-Mehrheit bestehen. Wir hoffen, dass zu diesem brisanten Thema auch ausreichende inhaltliche Debatten geführt werden. Zusätzlich gibt es aktuell keine Kampfeinsätze, sondern nur Einsätze zur humanitären Hilfe, bei der eine einfache Mehrheit ausreichend ist.

Unter militärischen Einsätzen verstehen wir in der KjG explizit folgendes:

Wie im Grundgesetz begreifen wir einen militärischen Einsatz als die Verwendung der Streitkräfte als Mittel der vollziehenden Gewalt unter Ausübung von hoheitlichem Zwang. Darunter ist die Einwirkung der Streitkräfte auf Personen oder Sachen mittels körperlicher Gewalt oder Waffen zu verstehen.

Diese Definition sehen wir in Abgrenzung zu humanitärer Hilfe und Friedensmissionen.

Unter Friedensmissionen und Missionen ohne Kampfauftrag verstehen wir in der KjG beispielsweise die Absicherung von Einsätzen von NGOs. Deshalb fordern wir, dass diese militärischen Einsätze nur das äußerste Mittel sein dürfen. Bevor zu diesen Mitteln gegriffen wird, sollte stets mittels einer friedensorientierten und vorbeugenden (Außen-)Politik ein Konflikt verhindert werden. Ist diese Krisenprävention als gescheitert anzusehen, sollen vor einem militärischen Einsatz alle kommunikativen und demokratischen Konfliktlösestrategie und Verhandlungswege einschließlich wirtschaftlicher Sanktionen angewandt werden.

WAFFENEXPORTE AUS DER EU AN DRITTSTAATEN BESSER REGULIEREN!

Wir wollen nicht, dass Deutschland Schuld an der Verschärfung von Konflikten trägt. Daher sprechen wir uns für eine Abwägung in Abhängigkeit zur gegebenen Situation aus:

Für den Export von Kriegswaffen und Munition in Staaten, die nicht zu den Bündnisländern der NATO und / oder der EU zählen, kann keine allgemeine Regelung formuliert werden. Stattdessen fordert die KjG die Bundesregierung dazu auf, im Falle eines völkerrechtswidrigen Angriffs zu ermitteln, von welchem Staat die Angriffe ausgehen (Aggressor) und welcher Staat als primär betroffen ausgemacht werden kann. Im Falle, dass Waffen exportiert werden, dann sollen die Waffen an die Angegriffenen geliefert werden.

Unter Waffenexporten verstehen wir explizit den Verkauf als auch die Lieferung von Waffen.

Für den Fall, dass die Rolle von Aggressor und Betroffenen nicht klar auszumachen ist, sollen keine Waffen und Munition exportiert werden.

In allen Fällen eines Waffen- oder Munitionsexports soll dies nicht aus wirtschaftlichen Gründen geschehen.

Dies fordern wir, weil wir nicht weitere Schuld an der Verschärfung von Konflikten, gravierenden Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten, organisierter Kriminalität und Kriegen auf uns laden wollen.

UN-SICHERHEITSRAT REFORMIEREN!

Wir fordern die Reformierung des UN-Sicherheitsrates, der mit der Wahrung des Weltfriedens beauftragt ist. Uns ist bewusst, dass diese Forderung sehr weitreichend ist und über das Hauptziel des Antrags hinausreicht.

Der UN-Sicherheitsrat kann nicht nur Empfehlungen aussprechen, sondern Beschlüsse fassen und gehört damit zu den wichtigsten Einrichtungen der UN. Dennoch kann dieses Organ der UN aufgrund seiner machtorientierten Struktur seine wichtigen Aufgaben häufig nicht erfüllen, sondern steht sich selbst im Weg.

Für eine Reform fordern wir:

- Wir fordern eine Abschaffung des VETO-Rechts der Mitgliedsstaaten, da dieses Recht häufig die Entscheidung und die eigentliche Arbeit des Sicherheitsrates behindern. Stattdessen soll ein reines Mehrheiten-System eingesetzt werden, womit die Beschlüsse demokratisch gefällt werden.
- Wir fordern die Aufnahme von ständigen Mitgliedern mehrerer Nationen, die divers über alle Kontinente verteilt sind. Dies ermöglicht das Einbringen der Probleme und Anliegen der gesamten Weltbevölkerung.
- Bei groben Verstößen von Mitgliedsstaaten gegen die Menschenrechte, wie durch einen völkerrechtswidrigen Angriff eines anderen Staats, soll es die

Möglichkeit geben ständige Mitgliedsstaaten zu sanktionieren oder temporär auszuschließen.

ABRÜSTUNG WELTWEIT LANGFRISTIG VORANBRINGEN!

Kurzfristig erachten wir einen Abbau der militärischen Waffen (Abrüstung) als nicht sinnvoll und aktuell als unrealistisch. Den Start sollten der Logik nach die Staaten machen, die mit Atomwaffen gerüstet sind. Zuvor werden auch kleinere Staaten nicht mit der Abrüstung beginnen, um sich im Ernstfall im gewissen Maße verteidigen zu können. Eine Forderung nach baldiger internationaler Abrüstung würde entsprechend bedeuten, dass Deutschland mit diesem Anliegen voran geht. Dies erachten wir in der aktuellen politischen Lage in Osteuropa als nicht sinnvoll.

Dennoch fordern wir, dass sich Deutschland langfristig auf internationaler Ebene, insbesondere auch durch das Engagement in den Vereinten Nationen, stärker für die weltweite Abrüstung einsetzt.

Weiterhin fordern wir die Entwicklung neuer Kontrollverträge, die die Ausstattung der Länder mit Waffen regelt und die neben der Abschaffung von Massenvernichtungswaffen insbesondere neuentwickelte Waffensysteme und Formen der Kriegsführung, wie beispielsweise Überschall-Waffen oder Cyber-Attacken thematisieren sollen. Ebenfalls sollen die Rüstungskontrollverträge den Möglichkeiten von Kommunikation und Kontrolle gerecht werden.

Wir erwarten, dass neue politische Wege zur Rechtfertigung von schwierigen Entscheidungen geschaffen werden. Dazu gehören Entscheidungen zur Beilegung von Konflikten, zum Schutz von Menschen vor Gewalt, zur Konfliktprevention und Konfliktnachsorge, sowie zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität. Im Sinne des restlichen Antrags sollen diese politischen Wege an möglichst vielen Stellen ansetzen und vorrangig mit nichtmilitärischen Mitteln umgesetzt werden.

BEGEGNUNG FÜR FRIEDEN UND VERSÖHNUNG FÖRDERN, JUGEND UND FRAUEN* STÄRKER BETEILIGEN!

Wir fordern die Koordination von Programmen zu einer nachhaltigen Friedens- und Versöhnungsarbeit in betroffenen Gebieten nach den Konflikten, über Fragen der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit hinaus mit Blick auf Gerechtigkeits- und Versöhnungsarbeit. Zusätzlich fordern wir die Entwicklung und Durchführung von präventiven Programmen und Maßnahmen bevor es zu Konfliktszenarien kommen kann.

Frauen* sind bewusst und aktiv in Friedensprozessen zu beteiligen. Dies fördert nicht nur die Geschlechtergerechtigkeit, sondern sichert auch, dass Frauen* und Männer* gemeinsam die Stabilität von Friedensprozesse erhöhen können.

Insbesondere sollen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene stärker in die Friedensprozesse mit eingebunden werden. In der Vergangenheit haben sich

Austauschprogramme für junge Menschen als starke Basis des Friedens erwiesen. Wir fordern, dass Programme und Projekte dieser Art finanziell stärker gefördert werden.

FRIEDENSPÄDAGOGIK ALS VERPFLICHTENDER BESTANDTEIL SCHULISCHER BILDUNG!

Gegenüber Kindern und Jugendlichen hat unsere Gesellschaft besondere Verantwortung. Sie sollen im Sinne der Friedenspädagogik von Beginn an lernen, dass es konstruktive und gewaltfreie Formen der Konfliktbearbeitung gibt. Außerdem ist eine kritische Auseinandersetzung mit internationalen Kriegen und Konflikten aus verschiedenen Perspektiven sowie ziviler Konfliktbearbeitung für das Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Wir erachten daher eine Verankerung der Friedenspädagogik als persönliche und politische Bildung als verpflichtenden Bestandteil schulischer Bildung für unabdingbar.

Begründung:

Die KjG setzt sich als Kinder- und Jugendverband für die Einhaltung der Menschenrechte und der UN-Kinderrechtskonvention, für Teilhabe und Gleichberechtigung, für Demokratisierung und Bildung und nicht zuletzt auch für den Frieden ein.

Daher blicken wir alle mit Sorge auf die Situation in der Ukraine. Diese hat uns schmerzlich wieder vor Augen geführt, dass weltweit jeden Tag Konflikte ausgetragen werden bei denen Menschen ihre Heimat, ihre Lebensgrundlage oder sogar ihr Leben verlieren.

Zusätzlich ist uns durch die Situation in der Ukraine bewusst geworden, dass eine Befassung mit diesem Thema an vielen Stellen zu spät erfolgt ist, weshalb dies jetzt dringend nachgeholt werden muss.

Aus diesem Grund möchte die KjG Aachen mit diesem Antrag ihre Forderungen an die deutsche Regierung festhalten.

→ Der Antrag wird mit 14 von 14 Stimmen einstimmig angenommen.

Antrag 2: Einrichtung des Arbeitskreises Verabschiedung

Die Antragsstellenden ziehen den Antrag zurück.

Antrag 3 Geschäftsordnungsänderungsantrag: Antrag auf geheime Abstimmung

Joshua Hinz, DL führt in den Antrag ein. Auf der letzten Diözesankonferenz sei in der Antragsbearbeitung leider ein kleiner Fehler passiert und ein sehr wichtiger Satz sei irrtümlich rausgefallen. Inhaltlich war es nach Meinung der Diözesanleitung nicht von der Konferenz gewollt, dass der Satz gestrichen wird. Daher soll er nun wieder eingefügt werden.

Es gibt keine Einschätzungen oder Rückfragen, es folgt die direkte Abstimmung.

Antragsgegenstand:

Die Geschäftsordnung wird wie folgt geändert:

§12 Abstimmungen

Die Abstimmung erfolgt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, sofern nichts anderes bestimmt ist. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Enthaltungen gelten nicht als abgegebene Stimmen.

Die Versammlungsleitung (§5 GO) gibt bei jeder Abstimmung die Methode vor – eine Kombination aus analoger und digitaler Stimmabgabe in einer Abstimmung ist ausgeschlossen. **Auf Antrag muss geheim abgestimmt werden.**

Liegen zu einem Beratungsgegenstand mehrere Anträge vor, so ist über den weitestgehenden zuerst abzustimmen. Im Zweifelsfall entscheidet die Diözesankonferenz.

Unmittelbar nach einer Abstimmung kann bei begründeten Zweifeln an der Richtigkeit der Abstimmung Wiederholung verlangt werden.

Der*die Moderator*in stellt das Ergebnis der Abstimmung fest und verkündet es. Auf Antrag kann im weiteren Verlauf der Beratungen über Beschlüsse noch einmal abgestimmt werden.

Die Diözesanleitung kann Beschlüsse auch im schriftlichen Verfahren einholen. Für die Stimmabgabe im schriftlichen Verfahren ist den Mitgliedern der Diözesankonferenz eine Frist zu geben, die mindestens zwei Wochen beträgt.

Begründung:

Wir waren bei den Satzungsänderungen auf der Diözesankonferenz im November 2022 etwas zu schnell und haben den Satz gestrichen, mit dem Abstimmungen auf Antrag geheim abgehalten werden. Dies möchten wir hiermit ausbessern.

→ Der Antrag wird mit 13 von 13 Stimmen einstimmig angenommen.

Top 5: Finanzen und Mitglieder

Der Tagesordnungspunkt findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Top 6: Kassenprüfbericht und Entlastung der Diözesanleitung

Lukas Zybarth, Kassenprüfer stellt den Kassenprüfbericht vor und weist die Konferenz darauf hin, dass es keine Bedenken gegeben habe.

Florian Janßen, St. Elisabeth Düren beantragt die Entlastung der Diözesanleitung.

→ Mit 15 Ja-Stimmen wird die Diözesanleitung einstimmig entlastet.

Top 7: Bericht der Diözesanleitung

Die Diözesanleitung stellt ihre Arbeit vor.

Ergänzung durch den EWAK: Der SDVF-Infotag wurde leider nur von einer Person besucht, der zweite Infotag hat glücklicherweise 9 Leute angezogen. Bis zum 31.1. gibt es noch die Möglichkeit, sich auf den Freiwilligendienst in Kolumbien zu bewerben. Es gab eine Zwischenauswertung mit Johannes, der gerade in Bogotá ist. Es gibt bereits einen Freiwilligen, der im August von Kolumbien nach Deutschland kommt.

Ergänzung STEP: Das erste Treffen findet in anderthalb Wochen statt.

Ergänzung BDKJ: Das Gespräch mit dem Bischof war gut, es gab zwei Kleingruppen und es ging um alle möglichen Themen zur Jugendverbandsarbeit. Besonders der Bedarf nach einer geistlichen Leitung wurde dort noch einmal an den Bischof herangetragen.

Ergänzung KJP: Moritz Breuer bittet darum, dass es eine Rundmail zu den neuen KJP-Sätzen gibt.

Top 8: Wahlen

Die Moderation übergibt an den Wahlausschuss.

Florian Janßen, Wahlausschuss erklärt das Prozedere und den Ablauf der Wahlen.

Wahl zur geistlichen Leitung (geschlechtsunabhängig)

Florian Janßen, WAS, eröffnet die Kandidat*innenliste für den vakanten Posten der geistlichen Leitung. Es gibt keine Kandidat*innen. Die Wahlliste wird geschlossen.

Wahl zur Diözesanleitung (weiblich)

Florian Janßen, WAS, eröffnet die Kandidat*innenliste für die vakanten Posten in der Diözesanleitung. Zurzeit sind zwei Plätze frei. Es gibt keine Kandidat*innen. Die Wahlliste wird geschlossen.

Wahl zur Diözesanleitung (divers)

Florian Janßen, WAS, eröffnet die Kandidat*innenliste für den vakanten Posten in der Diözesanleitung. Zurzeit ist ein Platz frei. Es gibt keine Kandidat*innen. Die Wahlliste wird geschlossen.

Wahl zum Diözesanausschuss (divers)

Florian Janßen, WAS, eröffnet die Kandidat*innenliste für die vakanten Posten im Diözesanausschuss. Zurzeit sind zwei Plätze frei. Es gibt keine Kandidat*innen. Die Wahlliste wird geschlossen.

Wahl zum FuP (divers)

Sarah Spengler, WAS, eröffnet die Kandidat*innenliste für den vakanten Posten im FuP. Zurzeit ist ein Platz frei. Es gibt keine Kandidat*innen. Die Wahlliste wird geschlossen.

Wahl zum Wahlausschuss (divers)

Sarah Spengler, WAS, eröffnet die Kandidat*innenliste für den vakanten Posten im Wahlausschuss. Zurzeit ist ein Platz frei. Es gibt keine Kandidat*innen. Die Wahlliste wird geschlossen.

Wahl der Delegierten zur Bundeskonferenz (männlich)

Florian Janßen, WAS erklärt, dass die bisher gewählten Delegierten aktuell noch nicht gewährleisten können, ob sie die ganze Zeit dabei sein können. Daher möchte die Diözesanleitung gerne eine Vertretungsliste nachbesetzen.

Auf Vorschlag der Delegierten stehen Luis, Marvin, Leon und Florian auf der Wahlliste. Von den Vorgeschlagenen kandidiert Luis, es folgt die Personalvorstellung.

Robin Natus, Diözesanleitung beantragt eine offene Wahl.

- **Luis Eßer, St. Johann Burtscheid** wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig gewählt und nimmt die Wahl an.

Wahl der Delegierten zur Bundeskonferenz (divers)

Florian Janßen, WAS, eröffnet die Kandidat*innenliste für die vakanten Posten in der Delegation zur Bundeskonferenz. Zurzeit ist ein Platz frei. Es gibt keine Kandidat*innen. Die Wahlliste wird geschlossen.

Wahl des Satzungsausschusses (divers)

Sarah Spengler, WAS, eröffnet die Kandidat*innenliste für den vakanten Posten im Satzungsausschuss. Zurzeit ist ein Platz frei. Es gibt keine Kandidat*innen. Die Wahlliste wird geschlossen.

Wahl der KjGeehrt-Jury (divers)

Sarah Spengler, WAS, eröffnet die Kandidat*innenliste für den vakanten Posten in der Jury. Zurzeit ist ein Platz frei. Es gibt keine Kandidat*innen. Die Wahlliste wird geschlossen.

Top 9: Werbung

Moritz Pelzer, Bildungsreferent bewirbt den Kurs Geisterzeit 2023 des BDKJ und verweist auf die Flyer.

Florian Janßen, St. Elisabeth Düren erklärt, Sarah, André und er wollen eine Gruppe aufmachen, die mit der KjG Aachen zum Weltjugendtag nach Lissabon fahren. Dieser findet im Sommer 2023 statt.

Sarah Spengler, St. Helena Rheindahlen ergänzt, dass eine Busfahrt organisiert werde. Um dafür Fördermittel zu beantragen, wäre es gut, wenn Menschen sich bei ihr (auch erst mal unverbindlich) melden.

Marie Lavall, Protokoll macht Werbung für die Aktivitäten und Projekte des internationalen Dachverbandes der KJG, FIMCAP.

Top 10: Sonstiges

Bettina Koß, Franziska von Aachen sagt Danke an DL, DAS und D-Stelle für die tolle Organisation der außerordentlichen DK und die tolle Aufbereitung des Themas Friedenspolitik.

Jana Kosky, DL spricht noch für den Bereich Prävention: Auf der letzten DK habe es eine Modellrückmeldebox gegeben, jede Pfarre bekomme nun eine zur Verfügung gestellt. Wenn noch mehr Material benötigt werde, solle Mensch sich an sie wenden. Außerdem sollen bitte alle Pfarren ihre Termine an die D-Stelle durchgeben, sodass immer jemand zur Beratung bei Präventionsfragen zur Verfügung stehen könne. Es gebe außerdem sehr viele coole Schulungsangebote, z.B. am 4.3.2023.

Joshua Hinz, DL spricht einen Dank aus an die Moderation, das Protokoll und die Referenten Moritz und Stefan.

Die Moderation bedankt sich bei der Konferenz, spricht ein großes Lob für die tolle Antragsdebatte aus und gibt die Sitzungsleitung wieder an die Diözesanleitung ab.

Robin Natus, DL beschließt die außerordentliche Diözesankonferenz 2023 um 19:05 Uhr.

Für das Protokoll: Marie Lavall

Unterschrift des Protokolls die Diözesanleitung:

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'R. Natus'.

Robin Natus
Ehrenamtliche Diözesanleitung

Teilnehmer*innen der außerordentlichen Diözesankonferenz 2023:

Jennifer	Bartscht	St. Hubert Kempen
Moritz	Breuer	St. Helena Rheindahlen
Julia	Coenen	Turmjugend Dülken
Jacqueline	Conrads	GDG Hückelhoven
Regina	Dietze	Moderation
Luis	Eßer	St. Johann Burtscheid
Janina	Gabler	GDG Hückelhoven
Jonathan	Heinen	EWAK
Joshua	Hinz	Diözesanleitung
Jonas	Hinz	St. Helena Rheindahlen
Marvin	Hinz	Diözesanausschuss
Stefan	Hofknecht	Bildungsreferent
Yannick	Holle	Wahlausschuss
Florian	Janßen	St. Elisabeth Düren
Bettina	Koß	Franziska von Aachen
Jana	Kosky	Diözesanleitung
Marie	Lavall	Protokoll
Samira	Lüpges	Franziska von Aachen
Robin	Natus	Diözesanleitung
Moritz	Pelzer	Bildungsreferent
Norbert	Schmitz	St. Adelgundis Arsbeck
Elodie	Scholten	BDKJ
Sarah	Spengler	St. Helena Rheindahlen
Leon	Spiertz	Turmjugend Dülken
Lukas	Zybarth	Moderation



Eupener Str. 136 b
52066 Aachen

Tel.: 0241 – 16 99 4-0
Fax: 0241 – 16 99 4-29

E-Mail: d-stelle@kjg-aachen.de
www.kjg-aachen.de